

Land weist Resolution des Marler Stadtrats inhaltlich zurück

Marl. Eine Sprecherin des Düsseldorfer Finanzministeriums fordert die Stadt auf, geteilte Hebesätze anzuwenden, um vor Ort Steuergerechtigkeit zu sichern. Marl lehnt das bislang ab.

Der Streit um die Reform der Grundsteuer B gewinnt an Schärfe: Das Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen weist inhaltlich beide Forderungen einer Resolution des Marler Stadtrats an die schwarz-grüne Düsseldorfer Landesregierung energisch zurück.

Die von Bürgermeister Werner Arndt verschickte Resolution hatte zuerst eine „Überarbeitung“ des NRW-Gesetzentwurfs für gesplittete Hebesätze gefordert. Begründung: Die Stadt schaffe es bis zum 1. Januar 2025 nicht, geteilte Hebesätze für Gewerbe- und für Wohnimmobilien zu berechnen. Die zweite Forderung: Das Land soll die Messzahl für Geschäftsgrundstücke so anpassen, dass Mehrbelastungen für Wohnimmobilien zu verhindert werden.

Auf Nachfrage unserer Redaktion betont eine Sprecherin des Düsseldorfer Finanzministeriums, dass die Gestaltung der Hebesätze für die Grundsteuer eine Aufgabe der einzelnen Kommune sei. Das Land habe nur darüber zu wachen, dass bei der Reform der Grundsteuer Aufkommensneutralität herrsche. Mit anderen Worten: Die Stadt soll nach der Reform etwa so viel Geld einnehmen wie zuvor. Bei den einzelnen Steuerzahlern könne es durchaus zu Verschiebungen kommen, auch zu Mehrbelastungen. Das sei nach dem Urteil des Bundes-

verfassungsgerichts sogar gewollt.

Die Ministeriumssprecherin bestätigt, dass es in vielen Kommunen durch die Reform zu einer stärkeren Belastung von Wohngebäuden und zu einer Entlastung von Gewerbeimmobilien kommen werde. Das könne in Marl durchaus der Fall sein, in vielen anderen Städten des Landes NRW aber nicht. Deshalb biete das Land den Städten die Möglichkeit, die Hebesätze so aufzuteilen, dass vor Ort Steuergerechtigkeit geschaffen werden könne. Diese Möglichkeit müsse die Stadt Marl dann aber auch nutzen.

„Diskussion führt nicht weiter“

Auch die zweite Forderung der Resolution des Marler Stadtrats wird inhaltlich zurückgewiesen. Die Ministeriumssprecherin betont: „Eine Diskussion über Steuermesszahlen führt nicht weiter und ist aufgrund der sich abzeichnenden Möglichkeit der Kommunen, künftig differenzierte Hebesätze festzusetzen, auch nicht erforderlich.“

Immerhin: Die Sprecherin kündigt konkrete Hilfen des Landes auch für Marl an: „Ein Baustein hierbei wird in Kürze die Mitteilung und Veröffentlichung der aufkommensneutralen Hebesätze für die Kommunen sein. Dies wird bei allen Beteiligten für zusätzliche Transparenz sorgen. Darüber hinaus wird es auch Begründungshilfen und Unterstützung bei der erforderlichen IT-Programmierung für die Kommunen geben.“

Die Stadt sieht sich bislang nicht in der Lage, diese Hilfen anzunehmen und rechtzeitig umzusetzen. *bry*